

ein systematisches Vorurteil – mitgeleitet ist. Das heißt also, theorielos weiße Felder zu identifizieren, geht nicht, also muß man sich auch der theoretischen Frage widmen.

Zwei weitere Bemerkungen: Es ist eben angeklungen, die DDR-Forschung, die DDR-Zeitgeschichte sei politiknah. Dies ist richtig, aber nicht zureichend. Wir müssen uns bei der Beurteilung der ehemaligen DDR-Forschung vielmehr bewußt machen, daß ihr Entstehungszusammenhang schon ein politischer war. Das heißt, sie ist wissenschaftlich aktiv geworden aufgrund eines politischen Ereignisses, nämlich der Teilung, und daß also die Politisierung dieser Forschung nicht nur durch die Nähe der da laufenden Politik, sondern durch den ganzen historischen Entstehungszusammenhang entstanden ist, und das hat natürlich wesentlich stringendere und präzisere Konsequenzen.

Da ich selbst lange genug auf diesem Sektor tätig gewesen bin und mir auch die Diskussion der letzten Jahre und Monate angehört habe, vermisste ich als Wissenschaftstheoretiker zwei Aspekte von denen ich bitte, daß man sie vielleicht in den nachfolgenden Bemerkungen berücksichtigt. Ich denke erstens, daß der Leser der Publikation, die die Zeitgeschichte hervorbringt, ein Recht darauf hat, daß der Autor ihm mitteilt, was für ein erkenntnisleitendes Interesse ihn eigentlich bewegt. Ich bin an vielen Stellen der Diskussion darauf gestoßen: Wenn man dieses deutlich sagen würde, wären viele Diskussionen, die mehr oder weniger Glasperlenspiele waren, nicht nötig gewesen. Das erkenntnisleitende Interesse ist: Warum beschäftige ich mich mit dem Thema aus der DDR-Geschichte und in welcher Absicht? Das zweite ist, auch das ist in den Diskussionen schon angeklungen und die politischen Diskussionen der letzten Tage über die politische Bildung in unserem Lande, speziell in bestimmten Bereichen, stellen für mich die Frage: Welchen Verwertungszusammenhang will eigentlich unsere Zeitgeschichtsforschung erreichen? Ich denke in erster Linie an die politische Bildung. Also an die Frage, was sollen die Ergebnisse, die wir als Historiker, als Wissenschaftler erstellen, anschließend letztlich bewirken? Doch nicht alleine eine community-interne Auseinandersetzung, sondern sie sollen doch die politische Bildung erreichen! Auch dies scheint mir ein Aspekt zu sein, der bei der bisherigen Diskussion nicht zureichend, vor allen Dingen aber auch nicht systematisch berücksichtigt worden ist.

Ich verfare so, wie das Programm es mir vorschreibt und gebe zunächst das Wort Herrn Heydemann.

**Prof. Dr. Günther Heydemann:** Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Da heute schon über den wissenschaftlichen Stand der DDR-Forschung gesprochen worden ist und meines Erachtens die wichtigsten Ergebnisse bereits mitgeteilt worden sind, werde ich mich sehr kurz halten und auch an die vorgegebene Zeitbeschränkung. Ich werde deshalb nur zwei Punkte ansprechen. Der erste ist, ich werde noch einmal eine generelle Einschätzung des gegenwärtigen Standes und der weiteren Entwicklung der DDR-Forschung, so wie sie mir sich darstellt, geben. Und zweitens werde ich vor allem zum Diktatur- und Systemvergleich sprechen.

Faßt man nämlich erstens die bisherige Forschungsentwicklung zusammen, so ergibt sich meines Erachtens folgender Trend: Die weitere und vermehrt die zukünftige Forschung der Geschichte der SBZ/DDR wird sich zunehmend mikrohistorischen Studien widmen, wobei institutionengeschichtliche, sozialhistorische, regional- und lokalgeschichtliche Arbeiten immer stärker in den Mittelpunkt rücken werden. Am weitesten ist dies bereits fortgeschritten und deshalb auch am deutlichsten erkennbar bei der Erforschung der Kirchen und oppositionellen Gruppen im Vorwende-prozeß und in der Wende selbst. Besonders an diesem zweiten Hauptschwerpunkt – ein erster wäre vor allem die Zeit der SBZ, auch von Herrn Weber gerade genannt – gegenwärtiger DDR-Forschung, die inzwischen auch die Untersuchung von Massenorganisationen einschließt, wird deutlich, daß weitere vornehmlich sozial- bzw. kultur- und mentalitätsgeschichtlich ausgerichtete Arbeiten eine genauere Beschreibung des sozialen Kontextes von Herrschaft, die Entstehung von Loyalität, Resistenz und Dissidenz sowie deren Rückwirkungen auf die Herrschaftspraxis ermöglichen. Damit vollzieht sich eine Entwicklung, wie sie Mitte der 70er Jahre auch hinsichtlich des Nationalsozialismus erfolgte, etwa wenn man nur an das Projekt „Bayern in der NS-Zeit“ von Martin Broszat in den Jahren 1977 bis 1983 denkt, aber auch die Fortführung von solchen Forschungsarbeiten etwa von Mallmann und Paul für das Saarland sozusagen in einer zweiten Anschubphase, die immer noch für die NS-Erforschung zutrifft und anhält. Die analoge Entwicklung auf dem Gebiet der DDR-Forschung geht allerdings in dieser Hinsicht wesentlich schneller vonstatten als dies bei der NS-Forschung der Fall war. Das mag auch damit zusammenhängen, daß wir durch die NS-Forschung über bestimmte Begriffe verfügen, die wir zwar nicht ohne weiteres, aber doch mit einer gewissen Hilfestellung anwenden können auf die DDR-Forschung. Dies wird mittel- wie langfristig zu einer schrittweise präzierten Rekonstruktion politischer und ideologischer Herrschaftspraxis sowie daraus entspringenden konkreten Sozialverhaltens und entsprechender Lebenserfahrung in individuellen und kollektiven Biographien, aber auch in schichten- bzw. berufsspezifischer Hinsicht führen können.

Zweitens: Die meines Erachtens wichtigste Frage jedoch, welche die DDR-Forschung über diese Grundlagendetailforschung hinaus zu beantworten hat, ist das Problem der DDR-Gesellschaft zwischen politisch-ideologischer Durchdringung einerseits und sozialer Eigendynamik andererseits. Inwieweit das SED-Regime eine totalitäre Diktatur war und inwieweit es die DDR-Gesellschaft tatsächlich durchherrschen konnte bzw. welcher Art von Beharrungsvermögen diese aufwies, ist zumindest empirisch nach wie vor noch wenig geklärt. Diese Frage läßt sich aber allein durch endogene Erforschung der DDR-Geschichte bzw. der SBZ nicht lösen. Insofern muß die weitere DDR-Forschung noch stärker als bisher mit dem methodischen Instrumentarium des Herrschafts- und Systemvergleichs arbeiten, um spezifische Unterschiede der SBZ/DDR mit der NS-Diktatur, mit den Westzonen und der Bundesrepublik sowie den ehemaligen real sozialistischen Staaten genauer bestimmen zu können. Ich meine dabei nicht nur die politischen Herrschaftsstrukturen als solches

sondern auch das spezifische Verhalten der jeweiligen Gesellschaft bzw. Gesellschaften. Diese Vergleiche sind darüber hinaus auch aus konzeptionellen historiographischen Gründen notwendig, soll die DDR-Geschichte als zweifellos integraler Bestandteil – nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Geschichte im ausgehenden 20. Jahrhundert – (Stichwort Historisierung) – adäquat eingeordnet werden können. Es ist darüber hinaus auch aus lebensweltlichen generationsspezifischen Erfahrungen eines beträchtlichen Teils deutscher Bevölkerung unumgänglich. Fest steht, und ich fasse hier zunächst den gegenwärtigen Stand der Debatte zur Totalitarismustheorie und ihre möglichen Anwendungen auf einen Vergleich zwischen NS- und SED-Regime sehr verkürzt zusammen, daß man nur mit einer stark modifizierten Totalitarismustheorie sinnvoll arbeiten können. Ihre Defizite angesichts der Überzeichnung der Realisierbarkeit des staatlich diktatorischen Machtanspruchs, ihre mangelnde Erklärungskraft hinsichtlich des sozialen Wandels in Diktaturen einschließlich auch der Rückwirkung unintendierter Nebeneffekte auf die Herrschaftspraxis sind bekannt. Gleichwohl wird man auf sie – gerade wegen ihres von Anfang an komparativen Ansatzes – letztlich nicht verzichten können, und zudem ist die Geschichte der SBZ/DDR ohne den Katalysator der NS-Diktatur historisch ohnehin nicht denkbar. Entsprechend ist es erforderlich, die Kennzeichnung von klassischen, inzwischen aber längst überholten Unterscheidungsmerkmalen im kommunistisch-faschistischen Vergleich erheblich zu erweitern und zu verfeinern, um präzisere Kriterien für den spezifischen Vergleich zwischen der NS- und der SED-Diktatur zu gewinnen. Dies schließt gleichermaßen ein, daß man sich auch über die bestehenden Vergleichstypen im klaren ist. Hier ist zwischen einem ganzheitlichen integralen Vergleich beider deutschen Diktaturen zu unterscheiden, der beide Herrschaftssysteme in ihrer Gesamtheit und ihren Hauptmerkmalen, d. h. übergreifende Gemeinsamkeiten, aber auch spezifischen Unterschieden zu erfassen sucht, sowie einem partiellen sektoralen oder selektiven Vergleich, der nur ganz bestimmte Strukturen, Institutionen, Politiken oder Ideologomena – ebenso wie das Verhalten von sozialen Schichten oder Berufsgruppen – in ihrer Lebens- und Alltagswelt herausgreift. Während es sich bei ersterem methodologisch gesehen um eine vergleichende Gegenüberstellung mit eher historisch abstrakten Kriterien handelt, vermag der partielle sektorale Vergleich schon aufgrund seines Zugriffs auf begrenzte Vergleichsobjekte mit präziseren Kriterien zu erfassen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß nur tatsächlich vergleichbare, d. h. kompatible Untersuchungsgegenstände verglichen werden können. Für beide komparative Ansätze gilt zudem, daß sowohl die jeweilige Aktion des Regimes als auch gleichgewichtig die vielfältige Reaktion der Betroffenen in die Untersuchung einbezogen und damit schon ein genanntes Grunddefizit bisheriger totalitarismustheoretischer Ansätze von Anfang an überwunden wird. Wir haben uns deshalb in Leipzig ganz bewußt auf empirische Forschungsprojekte konzentriert, die in der Regel sektorale bzw. selektive Vergleiche zwischen beiden Diktaturen vornehmen, insbesondere in institutionen- und betriebsgeschichtlicher Hinsicht, wobei mit einem kombinierten politik- und sozialhistorischen Ansatz vorgegangen wird, um gleichgewichtig sowohl die Etablierung

und Existenz des Herrschaftsapparates als auch die eventuelle Beharrungskraft und graduelle Veränderung sozialer Strukturen und Mentalitäten genauer zu erfassen.

Was die weiteren Systemvergleiche mit der früheren Bundesrepublik und den sozialistischen Staaten angeht, so sind diese gegenüber ersten empirischen Ansätzen zum Diktaturvergleich zwischen dem NS- und SED-Regime inzwischen weit zurückgefallen. Das gilt noch mehr für den sogenannten intrasystemaren Vergleich, also etwa den Vergleich der DDR mit Polen oder der Sowjetunion. Hier liegt in der Tat ein gravierendes Defizit vor, etwa auch in Bezug auf die Verflechtung mit dem RGW oder die Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede von Oppositionsgruppen. Letzterer scheidet bekanntlich vor allem an mangelnder Sprachkompetenz wie auch im Zugriff auf authentische Quellen in ehemaligen sozialistischen Regimen. Dieser Vergleich ist aber unverzichtbar, will man die besondere Position der DDR und die Spezifika ihres Herrschafts- und Gesellschaftssystems im früheren Ostblock verstehen.

Zielsetzung künftiger Darstellungen der Geschichte der SBZ/DDR wird es sein müssen, die Ambivalenz von Verflechtung und Abgrenzung der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte – wie das mein Kollege Kleßmann treffend und zugleich zutreffend formuliert hat – historiographisch in den Griff zu bekommen, um den von der SED geschaffenen Staat als integralen Bestandteil deutscher wie europäischer Geschichte (Stichwort Langzeitzusammenhang), adäquat porträtieren zu können. Dies besitzt aber zugleich auch eine über die deutsche Geschichte hinausragende Bedeutung. Aufgrund der besonderen historischen Konstellation und der Erfahrung mit zwei Diktaturen steht die deutsche Zeitgeschichtsforschung auch unter einem gewissen internationalen Erwartungsdruck sich mit dem Diktaturen – und Systemvergleich auseinanderzusetzen, wenn das Diktum stimmt, daß dieses zu Ende gehende 20. Jahrhundert vom Kampf zwischen Diktatur und Demokratie geprägt gewesen ist. Und so sehr die Vergangenheit der DDR nach wie vor die Gegenwart des heutigen Deutschlands mitprägt, die geschichtliche Perspektive wird sich langfristig zwangsläufig ändern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Hitler und Honecker schon in 750 Tagen zu historischen Figuren des vorigen Jahrhunderts gehören werden. Danke.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter:** Schönen Dank Herr Heydemann. Manfred Wilke bitte.

**Prof. Dr. Manfred Wilke:** Ich bin gebeten worden, Bilanz und Perspektive des Forschungsverbundes SED-Staat über die Geschichte der DDR vorzutragen, möchte aber zunächst auf zwei Bemerkungen meiner Vorredner eingehen. Die eine richtet sich an Hermann Weber, der uns zu Recht an den Vergleichsmaßstab sieben Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur erinnert hat, um auch noch einmal zu erinnern, worin die Bedeutung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Gesellschaften liegt. Es ist der Gesichtspunkt des „Verwertungszusammenhangs“, auf den Clemens Burrichter hinwies.